

Antrag 44/III/2016**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Ein Recht auf Kultur - Kultur für Alle!**

1 Berlin hat eine pulsierende und international geschätzte
 2 Kulturlandschaft, welche die vielen jährlich hierher kom-
 3 menden Besucher*innen sowie die hier lebenden Men-
 4 schen begeistert und die Stadt lebenswerter macht. Mehr
 5 als 160.000 Beschäftigte wirken in der Kultur- und Kreativ-
 6 wirtschaft, 20.000 professionelle Künstler*innen arbeiten
 7 hier in diversen Kunstprojekten, großen staatlichen Muse-
 8 een, Theatern oder aber in kleinen, unabhängigen Projek-
 9 ten. Das Angebot in Berlin ist groß, die Berliner Kulturlandschaft
 10 unkonventionell. Berlin bietet künstlerische
 11 Freiräume, die wichtige Aufgaben für ein solidarisches
 12 Miteinander übernehmen. Wir wollen diese Kulturland-
 13 schaft erhalten und uns dafür einsetzen, dass weiterhin
 14 eine Entwicklung möglich ist, die ein kiezspezifisches An-
 15 gebot schafft und dabei auf ein ausgewogenes Verhältnis
 16 von Kultur mit kommerziellem wie nicht-kommerziellem
 17 Charakter achtet.

18
 19 Die kulturelle Landschaft ist ein wichtiger Bestand-
 20 teil unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft.
 21 Nicht nur, weil Kulturschaffende tagespolitische Themen
 22 schwerpunktmäßig in den Mittelpunkt ihrer künstlerischen
 23 Arbeit stellen; kulturelle Angebote sind auch Bil-
 24 dungsangebote, die vielerorts einen bedeutenden Be-
 25 zugspunkt für gelebte Integration und Austausch zwisch-
 26 enverschiedenen Lebensmodellen und kulturellen Set-
 27 tings darstellen. Kultur als von Menschen für Menschen
 28 geschaffene Ausdrucksform ist dabei ein kommunika-
 29 tives Medium verschiedener Diskussionen, Erzählungen
 30 und/oder politischer Ansichten. In einer pluralistischen
 31 Gesellschaft thematisieren emanzipierte kulturelle Er-
 32 zeugnisse (kritisch) aktuelle Entwicklungen und machen
 33 auf Missstände aufmerksam. Beispielsweise sind Theater-
 34 häuser für viele Menschen nicht nur Unterhaltungsmedi-
 35 en, sondern beinhalten darüber hinaus eine Kontaktebe-
 36 ne, die den (inter-)kulturellen Austausch ermöglicht.

37
 38 Unser Kulturverständnis muss inklusiv sein. An vielen
 39 Stellen jedoch versperren Hürden den Zugang zu kultu-
 40 reller Partizipation, das wiederum eine Ungleichheit nach
 41 sich zieht, die es zu überwinden gilt. Der in der Berli-
 42 ner Verfassung verankerte Grundsatz, ein freiheitliches
 43 Kunstleben zu erhalten bzw. dieses zu fördern (Art 20,
 44 21 VvB) stellt zwar keine politische Verpflichtung zur Er-
 45 haltung oder Errichtung bestimmter kultureller Einrich-
 46 tungen dar. Dennoch erwächst daraus ein kulturpoliti-
 47 scher Gestaltungsauftrag. Dieser sollte in erster Linie ei-
 48 nem partizipatorischen Kulturverständnis folgen und al-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Berlin hat eine pulsierende und international geschätzte
 Kulturlandschaft, welche die vielen, jährlich hierher kom-
 menden Besucher*innen sowie die hier lebenden Men-
 schen begeistert und die Stadt lebenswert macht. Mehr
 als 160.000 Beschäftigte wirken in der Kultur- und Kreativ-
 wirtschaft, 40.000 professionelle Künstler*innen arbeiten
 hier in diversen Kunstprojekten, großen staatlichen Muse-
 en, Theatern oder aber in kleinen, unabhängigen Projek-
 ten. Das Angebot in Berlin ist groß, die Berliner Kulturland-
 schaft unkonventionell.

Berlin bietet künstlerische Freiräume, die wichtige Aufga-
 ben für ein solidarisches Miteinander übernehmen. Wir
 wollen diese Kulturlandschaft erhalten und uns dafür ein-
 setzen, dass weiterhin eine Entwicklung möglich ist, die
 ein auch kiezspezifisches Angebot ermöglicht und dabei
 auf ein ausgewogenes kulturelles Angebot achtet.

Deshalb fordern wir:

- die Beibehaltung des kostenfreien Zugangs zu staatlichen Museen, Ausstellungen und öffentlichen Theaterhäusern für Studierende, Schüler*innen und Transferleistungsempfänger*innen an mindestens einem Tag in der Woche
- die Förderung kultureller Projekte an Bildungseinrichtungen und den Abbau bürokratischer Hürden bei der Beantragung eben solcher Projekte
- eine langfristige Förderung des Berliner Projektbüros für Diversitätsentwicklung („DIVERSITY. ARTS. CULTURE!“) auch über die Dauer des Koalitionsvertrages hinaus
- in Zusammenarbeit mit Verbänden und Interessensvertretungen die Durchsetzung einer lebenssichernden Mindestvergütung (analog zu den Empfehlungen des LAFT Berlin, den Ausstellungshonoraren des bbk berlin sowie den Forderungen der Koalition der Freien Szene) für alle freischaffenden Künstler*innen
- einen Haustarif bei allen subventionierten kulturellen Einrichtungen für die dort angestellten Künstler*innen, der über dem Mindestlohn liegt

49 len Menschen einen Zugang zu den zahlreichen kultu-
50 rellen Angeboten ermöglichen. Dabei ist darauf zu ach-
51 ten, dass profitorientierte Einrichtungen keine Monopol-
52 stellung innerhalb der Kulturlandschaft einnehmen. Die
53 Förderung der „großen“ Theater, Konzerthäuser etc. darf
54 nicht zu Ungunsten unabhängiger, kleiner Kulturprojek-
55 te erfolgen. Diese müssen nachhaltig gefördert und zu-
56 gleich Teil der Strukturen im Kiez werden, so dass wieder-
57 um Menschen solidarisch miteinander umgehen und der
58 (inter-)kulturelle Austausch über die kulturellen Angebo-
59 te ermöglicht wird. Kulturprojekte in der Nachbarschaft
60 sollen stärker gefördert werden. Die Politik muss die Po-
61 tenzials der Stadt Berlin sowohl auf Landesebene als auch
62 in den Bezirken besser erkennen und ausschöpfen. Dafür
63 muss ein besserer Dialog zwischen den Bezirksverordne-
64 tenversammlungen und der Senatskanzlei, aber auch den
65 Kulturschaffenden sowie -rezipierenden entstehen.

66
67 Kultur ist ein Teil der (Heraus-)Bildung eines reflektier-
68 ten, kritischen und emanzipierten Umgangs mit der ei-
69 genen Lebenswelt. Gerade junge Menschen sollten früh-
70 zeitig von den vielfältigen Angeboten profitieren kön-
71 nen. Aber auch Menschen, die aufgrund von finanziellen
72 Hürden nicht auf das Angebot Zugriff haben müssen in
73 einer progressiven Kulturlandschaft mitgenommen wer-
74 den. Um Empfänger*innen von Transferleistungen den Zu-
75 gang zum kulturellen Angebot zu erleichtern gibt es bis-
76 lang das 3-Euro-Kulturticket. Dieses Instrument geht in
77 die richtige Richtung und muss weiter Fördermitteln des
78 Landesunterstützt sowie öffentlichkeitswirksam bewor-
79 ben werden. Wir plädieren in dieser Hinsicht für eine Öff-
80 nung der Museen, Ausstellungen und Theaterhäuser und
81 fordern die Abschaffung des Eintrittsgeldes für Studie-
82 rende, Schüler*innen, Transferleistungsempfänger*innen,
83 Auszubildende, FSJ-ler*innen, Bufdis und weitere. Wir for-
84 dern, dass alle staatlichen Museen und Theaterhäuser an
85 einem festen Tag in der Woche für alle Besucher*innen
86 kostenfrei zugänglich sind.

87
88 Gerade in Bildungsinstitutionen wie Hochschulen und
89 Schulen muss der Zugang zu kulturellen Einrichtungen
90 gefördert werden. Theater ist gewissermaßen immer ein
91 Spiegel der Gesellschaft. Es gibt viele Theaterprojekte an
92 Schulen, die Themen wie Rassismus und Ausgrenzung
93 thematisieren. So kann angesichts von rechtspopulistis-
94 chen Tendenzen in unserer Gesellschaft das Demokratie-
95 verständnis von jungen Menschen geformt und gefördert
96 werden. Allerdings fehlt vielfach staatliche finanzielle Un-
97 terstützung, um vorhandene Projekte auszubauen und an
98 die Schulen tragen zu können.

99
100 Durch den Ausbau eines kostenfreien Zugangs können Be-
101 völkerungsgruppen, die sonst im Zugang zu kulturellen

102 Gütern diskriminiert werden, gesellschaftlich eingegliedert statt ausgegrenzt werden. Der Geldbeutelentscheidet leider immer noch über die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gerade für Empfänger*innen von Transferleistungen bleiben die Türen zu kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen meist verschlossen. Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, die sollte sich auch in Museen und Theaterhäusern widerspiegeln. Der Geldbeutel steht momentan für gesellschaftliche Separierung. Gerade der integrative Charakter von Kunst und Kultur eröffnet die Möglichkeit, Geflüchtete in der Mitte der Gesellschaft ankommen zu lassen. Diesen bereits begonnen Prozess muss die Politik weiter voranbringen und Initiativen, die Geflüchtete (besonders im Kiez) in die Arbeit mit einbeziehen, unterstützen.

117

118 Menschen mit Behinderungen werden auf dem Arbeitsmarkt stark diskriminiert. Nicht nur der Zugang zu Jobs wird ihnen kaum bis fast gar nicht möglich gemacht. In den gegenwärtigen Ausstellungen und Theaterinszenierungen sind Menschen mit Behinderungen kaum zu sehen. Deshalb ist es vor allen Dingen wichtig, dass Projekte, wie z.B. das Theater "RambaZamba", das selbst von Menschen mit Behinderungen geschaffen worden sind und bei denen sie selbst in ihrer Entwicklung und Kreativität gefördert werden, auch finanzielle Unterstützung von staatlicher Seite erfahren. Doch die Ausgrenzung zeigt sich nicht nur beim Zugang zu Jobs im kulturellen Sektor, sondern auch bei der Bezahlung. Arbeit, die von Künstler*innen mit Behinderungen geschaffen worden ist, wird sehr schlecht bezahlt. Deshalb ist es wichtig, dass eine Angleichung des Arbeitsentgelts stattfindet. Wir sind gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse von freischaffenden Künstler*innen und fordern deshalb den Mindestlohn in Kulturbetrieben sowie bei freischaffenden Künstler*innen. Ferner fordern wir Tarifverträge für alle nicht-künstlerisch Beschäftigten an staatlichen Theatern und Museen.

140

141 Deshalb fordern wir:

- 142 • einen kostenfreien Zugang zu staatlichen Museen, Ausstellungen und öffentlichen Theaterhäusern für Studierende, Schüler*innen und Transferleistungsempfänger*innen, Auszubildende, FSJler*innen, Bufdis und weitere.
- 147 • die Förderung kultureller Projekte an Bildungseinrichtungen.
- 149 • eine stärkere Einbindung und Förderung von Kulturschaffenden mit Migrationsbiographie in die Kunst- und Theaterszene Berlins.
- 152 • die finanzielle Stärkung inklusiver Projekte und die Anpassung des Arbeitsentgelts auf ein gleiches Niveau.

- 155 • Gender Mainstreaming und interkulturelle Aspek-
156 te berücksichtigen sowie Gender Budgeting anwen-
157 den
- 158 • Bei subventionierten kulturellen Einrichtungen
159 muss es einen Haustarif für die dort auftretenden
160 Künstler*innen geben. – der Mindestlohn muss flä-
161 chendeckend für die Kreativ- und Kulturwirtschaft
162 und v.a. für die Arbeit in Behindertenwerkstätten
163 gelten.

164

165

166 Begründung

167 Die kulturelle Landschaft ist ein wichtiger Bestand-
168 teil unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft.
169 Nicht nur, weil Kulturschaffende tagespolitische Themen
170 schwerpunktmäßig in den Mittelpunkt ihrer künstleri-
171 schen Arbeit stellen; kulturelle Angebote sind auch Bil-
172 dungsangebote, die vielerorts einen bedeutenden Be-
173 zugspunkt für gelebte Integration und Austausch zwি-
174 schen verschiedenen Lebensmodellen und kulturellen
175 Settings darstellen. Kultur als von Menschen für Men-
176 schen geschaffene Ausdrucksform ist dabei ein kommu-
177 nikatives Medium verschiedener Diskussionen, Erzählun-
178 gen und/oder politischer Ansichten. In einer pluralisti-
179 schen Gesellschaft thematisieren emanzipierte kulturel-
180 le Erzeugnisse (kritisch) aktuelle Entwicklungen und ma-
181 chen auf Missstände aufmerksam. Beispielsweise sind
182 Theater für viele Menschen nicht nur Unterhaltungsmedi-
183 en, sondern beinhalten darüber hinaus eine Kontaktebe-
184 ne, die den (inter-)kulturellen Austausch ermöglicht.

185

186 Unser Kulturverständnis ist inklusiv, aber an vielen Stellen
187 versperren Hürden den Zugang zu kultureller Partizipati-
188 on, was wiederum eine Ungleichheit nach sich zieht, die
189 es zu überwinden gilt. Der in der Berliner Verfassung ver-
190 ankerte Grundsatz, ein freiheitliches Kunstleben zu erhal-
191 ten bzw. dieses zu fördern (Art 20, 21 VvB) stellt zwar kei-
192 ne politische Verpflichtung zur Erhaltung oder Errichtung
193 bestimmter kultureller Einrichtungen dar. Dennoch er-
194 wächst daraus ein kulturpolitischer Gestaltungsauftrag.
195 Dieser sollte in erster Linie einem niedrighschwelligem und
196 vermittelndem Kulturverständnis folgen und allen Men-
197 schen einen Zugang zu den zahlreichen kulturellen Ange-
198 boten ermöglichen. Insbesondere die Förderung der „gro-
199 ßen“ Theater, Konzerthäuser etc. darf nicht zu Ungun-
200 sten unabhängiger, kleiner Kulturprojekte erfolgen. Diese
201 müssen nachhaltig gefördert und zugleich Teil der Struk-
202 turen im Kiez werden. Über die kulturellen Angebote wird
203 so ein (inter-)kultureller Austausch ermöglicht, Kulturpro-
204 jekte in der Nachbarschaft sollen stärker gefördert wer-
205 den. Die Politik muss die Potenziale der Stadt Berlin so-
206 wohl auf Landesebene als auch in den Bezirken besser
207 erkennen. Dafür muss ein besserer Dialog zwischen den

208 Bezirksverordnetenversammlungen und der Senatskanz-
209 lei auf der einen, aber auch den Kulturschaffenden sowie
210 -rezipierenden auf der anderen Seite entstehen.

211

212 Kultur ist ein Teil der (Heraus-)Bildung eines reflektier-
213 ten, kritischen und emanzipierten Umgangs mit der ei-
214 genen Lebenswelt. Gerade junge Menschen sollten früh-
215 zeitig von den vielfältigen Angeboten profitieren kön-
216 nen. Aber auch Menschen, die aufgrund von finanziellen
217 Hürden nicht auf das Angebot Zugriff haben, müssen in
218 einer progressiven Kulturlandschaft mitgenommen wer-
219 den. Um Empfänger*innen von Transferleistungen den Zu-
220 gang zum kulturellen Angebot zu erleichtern gibt es bis-
221 lang das 3-Euro-Kulturticket. Dieses Instrument geht in
222 die richtige Richtung und es müssen weitere Fördermittel
223 des Landes unterstützt sowie öffentlichkeitswirksam be-
224 worben werden. Wir plädieren in dieser Hinsicht für eine
225 Öffnung der Museen und Ausstellungen und fordern die
226 Abschaffung des Eintrittsgeldes.

227

228 Gerade in Bildungsinstitutionen wie Hochschulen und
229 Schulen muss der Zugang zu kulturellen Einrichtungen ge-
230 fördert werden, weil nur somit politische Bildung im Sinne
231 unserer sozialdemokratischen Grundwerte "Freiheit, Ge-
232 rechtigkeit und Solidarität" betrieben werden kann. Thea-
233 ter ist gewissermaßen immer ein Spiegel der Gesellschaft.
234 Es gibt viele Theaterprojekte an Schulen wie z.B. das Thea-
235 terstück "Mutter Courage", die Themen wie Rassismus
236 und Ausgrenzung thematisieren. So kann angesichts von
237 rechtspopulistischen Tendenzen in unserer Gesellschaft
238 das Demokratieverständnis von jungen Menschen auch
239 auf spielerische Art und Weise geformt und gefördert wer-
240 den. Allerdings fehlt vielfach staatliche finanzielle Unter-
241 stützung, um vorhandene Projekte auszubauen und an
242 die Schulen tragen zu können.

243

244 Der Geldbeutel entscheidet leider immer noch über die
245 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Durch den Ausbau
246 eines kostenfreien Zugangs können Bevölkerungsgrup-
247 pen, die sonst im Zugang zu kulturellen Gütern diskrimi-
248 niert werden, gesellschaftlich eingegliedert statt ausge-
249 grenzt werden. Gerade für Empfänger*innen von Transfer-
250 leistungen bleiben die Türen zu kulturellen Einrichtungen
251 und Veranstaltungen meist verschlossen. Wir leben in ei-
252 ner vielfältigen Gesellschaft, die sollte sich auch in Mu-
253 seen und Theaterhäusern widerspiegeln. Der Geldbeutel
254 steht momentan für gesellschaftliche Separierung. Gera-
255 de der integrative Charakter von Kunst und Kultur eröff-
256 net die Möglichkeit, auch Geflüchtete in der Mitte der Ge-
257 sellschaft ankommen zu lassen. Diesen bereits begonnen
258 Prozess muss die Politik weiter voranbringen und Initiati-
259 ven, die Geflüchtete (besonders im Kiez) in die Arbeit mit
260 einbeziehen, unterstützen.

261
262 Menschen mit Behinderungen werden auf dem Arbeits-
263 markt stark diskriminiert. Nicht nur der Zugang zu Jobs
264 wird ihnen kaum bis fast gar nicht möglich gemacht. In
265 den gegenwärtigen Ausstellungen und Theaterinszenie-
266 rungen sind Menschen mit Behinderungen kaum zu se-
267 hen. Deshalb ist es vor allen Dingen wichtig, dass ent-
268 sprechende Regelungen eingeführt werden, damit Men-
269 schen mit Behinderungen mehr als bislang Teil des Kultur-
270 betriebs werden können. Dazu können u.a. zählen: verein-
271 fachte Bewerbungsmöglichkeiten an staatlichen Kulturin-
272 stitutionen und Zugang zum Schauspielstudium.
273 Eine weitere Ungerechtigkeit zeigt sich nicht nur beim
274 Zugang zu Jobs im kulturellen Sektor, sondern auch bei
275 der Bezahlung. Die Arbeit von Künstler*innen wird un-
276 terschiedlich bezahlt. Deshalb ist es wichtig, dass eine
277 flächendeckende Angleichung des Arbeitsentgelts in öf-
278 fentlich geförderten Kulturinstitutionen stattfindet. Au-
279 ßerdem sind wir gegen prekäre Beschäftigungsverhältnis-
280 se von freischaffenden Künstler*innen und fordern des-
281 halb langfristig den Mindestlohn, den Ausbau der Ausstel-
282 lungshonorare und die flächendeckende Einführung der
283 Honoraruntergrenzen - in Kulturbetrieben sowie bei frei-
284 schaffenden Künstler*innen.